

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4807

"Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4807 vom 11.12.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5399 des KI vom 24.02.2015
3. Beschluss des Plenums 17/5694 vom 11.03.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.03.2015



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Margit Wild, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl SPD**

Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss umfassend und transparent über ihren Kampf gegen die Droge kristallines Methamphetamine (Crystal Meth), ihre diesbezüglichen Handlungsstrategien und Erfolge zu berichten.

Dabei gilt es folgende Fragen besonders zu beleuchten:

1. Wie schätzt die Staatsregierung die von der Droge Crystal Meth ausgehende Gefahr ein und woraus ergibt sich dieses Gefahrenpotenzial; insbesondere gegenüber Dritten (z.B. Beschaffungskriminalität)?
2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen, bayerischen und tschechischen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Crystal Meth entlang der „grünen Grenze“?
3. Was wurde seitens der Staatsregierung bisher auf administrativer, polizeilicher und juristischer Ebene im Kampf gegen Crystal Meth getan und welche Erfolge zeitigten diese?
4. Sind die bislang von der Staatsregierung verfolgten Strategien im Kampf gegen kristallines Methamphetamine ausreichend oder gibt es erfolgversprechendere Vorgehensweisen? Wenn ja, warum werden diese nicht verfolgt?
5. In welchem Umfang unterstützt die Staatsregierung Suchtberatungsstellen, sozialpsychiatrische Dienste, Jugendprojekte und Präventionsmaßnahmen und wie werden die bereitgestellten Mittel auf die jeweiligen Projekte verteilt?

Begründung:

Bezüglich der Bekämpfung von Crystal Meth besteht akuter Handlungsbedarf. Der aktuelle Drogenbericht der Bundesregierung zeigt auf, dass bei der Entwicklung der erstauffälligen Konsumenten harter Drogen die Zahl der Methylamphetamin-Konsumenten („Crystal Meth“) erneut um ca. 7 Prozent angestiegen ist und Bayern mit knapp 3.000 Fällen im Ländervergleich mit Abstand die meisten Fälle zu beklagen hat. Auch im Hinblick auf die Zahl drogenbedingter Todesfälle, die bundesweit um etwa 6 Prozent angestiegen ist, belegt der Freistaat den Spitzenplatz. In Gesprächen mit Vertretern der Polizei wurde dieser Trend bestätigt und die sukzessive Ausweitung dieser Drogenproblematik auf alle Landesteile Bayerns prognostiziert.

Die im Drogenbericht der Bundesregierung skizzierte Entwicklung stellt gerade in den bayerischen Grenzregionen die Sicherheitsbehörden, Kommunen und sozialen Einrichtungen vor eine enorme Belastungsprobe. Der Kampf gegen Crystal Meth ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein umfassender Bericht der Staatsregierung würde das Problembewusstsein mit Hinblick auf diese Droge weiter schärfen und den parteiübergreifenden Dialog über Handlungsstrategien und Herausforderungen im Kampf gegen kristallines Methamphetamine fördern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert,
Margit Wild u.a. SPD
Drs. 17/4807

Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Worte „im zuständigen Ausschuss“ durch die Worte „im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport“ ersetzt werden.

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Gesundheit und Pflege haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 28. Januar 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 10. Februar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 24. Februar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Margit Wild, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl SPD**

Drs. 17/4807, 17/5399

Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport umfassend und transparent über ihren Kampf gegen die Droge kristallines Methamphetamin (Crystal Meth), ihre diesbezüglichen Handlungsstrategien und Erfolge zu berichten.

Dabei gilt es folgende Fragen besonders zu beleuchten:

1. Wie schätzt die Staatsregierung die von der Droge Crystal Meth ausgehende Gefahr ein und woraus ergibt sich dieses Gefahrenpotenzial, insbesondere gegenüber Dritten (z.B. Beschaffungskriminalität)?
2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen, bayerischen und tschechischen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Crystal Meth entlang der „grünen Grenze“?
3. Was wurde seitens der Staatsregierung bisher auf administrativer, polizeilicher und juristischer Ebene im Kampf gegen Crystal Meth getan und welche Erfolge zeitigte dies?
4. Sind die bislang von der Staatsregierung verfolgten Strategien im Kampf gegen kristallines Methamphetamin ausreichend oder gibt es erfolgversprechendere Vorgehensweisen? Wenn ja, warum werden diese nicht verfolgt?
5. In welchem Umfang unterstützt die Staatsregierung Suchtberatungsstellen, sozialpsychiatrische Dienste, Jugendprojekte und Präventionsmaßnahmen und wie werden die bereitgestellten Mittel auf die jeweiligen Projekte verteilt?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit hat der Landtag über diese Voten entschieden.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Januar 2015 (Vf. 1-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 9 Abs. 1 Sätze 4 und 5, § 9 a Abs. 2 Nr. 3 Alt. 2 und Abs. 5 bis 8, § 27 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 sowie des § 29 Abs. 5 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)
PII-G-1310.15-0001
Drs. 17/5565 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



Anträge

2. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zur Landesgrenzänderung zwischen dem Freistaat Bayern und
dem Land Baden-Württemberg im Zuge des Flurneuordnungsverfahrens
Wittighausen-Vilchband, Landkreis Main-Tauber-Kreis/Landkreis Würzburg
Drs. 17/4818, 17/5577 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens
Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft
Drs. 17/4601, 17/5551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU
Internationalisierung der bayerischen Hochschulen
Drs. 17/4699, 17/5376 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Margit Wild u.a. SPD
Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth
Drs. 17/4807, 17/5399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Schöffel, Thomas Huber u.a. CSU
Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den Dorferneuerungsrichtlinien – Anhebung der Fördersätze für gemeinschaftliche und öffentliche Maßnahmen der Dorferneuerung für Gemeinden, die sich im Stabilitäts- und Konsolidierungsprogramm befinden, prüfen
Drs. 17/4815, 17/5482 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber,
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den
Dorferneuerungsrichtlinien – Sockelförderung in der Dorferneuerung
in Höhe von 25 Prozent der zuschussfähigen Kosten prüfen
Drs. 17/4817, 17/5483 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren
Drs. 17/3211, 17/5570

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte,
Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Menschenunwürdige Wohnbedingungen verhindern –
Bessere Eingriffsmöglichkeiten für Gemeinden schaffen!
Drs. 17/4472, 17/5583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat